Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 64. Sonnabend den 5. März 1887. 81. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 6. März,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der **Vorbereitungsgottesdienst** für den ersten diesjährigen **Bußtag** findet **Donnerstag, den 10. d. M., Abends 6 Uhr** in der **Peterskirche** statt.

Leipzig, den 2. März 1887.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. D. Pank. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Hentschel

Bekanntmachung.

Das von Frau **Amalie Friederike** verw. **Falcke** geb. **Landgraf** gestiftete **Stipendium für einen dem Königreich Sachsen angehörenden Studirenden der Rechte auf hiesiger Universität** soll von Michaelis 1887 an auf drei Jahre vergeben werden und zwar zunächst an einen Verwandten des Kaufmanns Christian Gottfried Landgraf in Hohenstein und erst in Ermangelung eines solchen an einen anderen auf hiesiger Universität die Rechte Studirenden.

Bewerber um dieses Stipendium fordern wir auf, bez. bei Verlust ihres Anspruchs sich **bis zum 20. März dieses Jahres** unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und Nachweise schriftlich bei uns anzumelden.

Leipzig, am 16. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 741. Dr. Georgi. Hennig.

Ausschreibung.

Für den Schlacht- und Viehhof hierselbst werden
die Schmiedearbeiten und kleineren Eisenconstructions-Arbeiten
für 2 Schlachthallen, 2 Schlachtställe, die Kuldaunenwäsche, den Markthall, 2 Marktballen, den Lagerschuppen und die Wagenremise hierdurch öffentlich ausgeschrieben.

Die Unterlagen sind gegen Zahlung von 5 ℳ von dem Schlachthofbaubüreau an der Kaiserin Augusta-Straße zu beziehen.

Die Angebote sind nach Maßgabe der bei den Unterlagen befindlichen Vorschriften zu behandeln und bis zum **26. März, Vormittags 11 Uhr** bei der Kanzlei des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern bezw. die Theilung der Arbeiten sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 26. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 974. Dr. Georgi. Moritz, Architekt.

Gewölbe-Vermiethung.

In der **Verkaufshalle, Petersteinweg Nr. 17** (Grüne Linde) soll die i. J. an Herrn Kürschner Schlag vermiethete, dem Königsplatz aus gerechnet **dritte Abtheilung** nebst dazu **gehöriger Niederlage** im Hofe **vom 1. April ds. Js. an Dienstag, den 15. ds. Mon. Vormittags 11 Uhr** auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, **auf drei Jahre** an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Verpeigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermiethenden Localitäten schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 1. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 995. Dr. Georgi. Stiß.

Bekanntmachung.

Im Interesse der Verwendung von **Gas** zur Beleuchtung und um der Benutzung desselben zum Heizen und Kochen sowie zu industriellen Zwecken weiteren Eingang zu verschaffen, haben wir beschlossen, eine Sammlung der neuesten Gasconsum-Artikel, als Gaskochheerde, Gasöfen, Gasintensivbrenner, Consum- und Druckregulatoren u. s. w., auszustellen.

Diese Ausstellung ist i. J. provisorisch in dem Grundstücke Ritterstraße 6, I. (Theaterpassage, Casse der Gasanstalten) untergebracht und kann daselbst jeden Wochentag von 9 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags unentgeltlich besichtigt werden.

Leipzig, am 2. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1027. Dr. Georgi. Geisgmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Wegen Wiederaufnahme der Straßenherstellungsarbeiten in der

Kochstraße

wird dieselbe auf der Strecke von der Scharnhorststraße bis zum Kreuz auf die Dauer der etwa 8 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten

für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 4. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 1539. Dr. Georgi.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**
Leipzig, den 20. Januar 1887.
Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die vom **6./7. bis mit 17. Februar** dieses Jahres in hiesiger Stadt einquartiert gewesenen Truppen vom **Königlichen 8. Infanterie-Regiment „Prinz Johann Georg" Nr. 107** und **Königlichen 10. Infanterie-Regiment Nr. 134** ist eingegangen und kann in den nächsten Tagen bei unserem Quartier-Amte, Stadthaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 107 erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 2. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
x/M. 2548. Hesler. Lamprecht.

Stockholz-Auction.

Mittwoch, den 9. März c. sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Holzschlage in Abtheilung 10

ca. 250 Haufen klein gemachtes Eichen-Stockholz

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der Zwenkauer Straße nach Taucha zu.

Leipzig, den 1. März 1887.

Des Raths Forst-Deputation.

Gewerbekammer — Leipzig.

Montag, den 7. ds. Mts., Nachmittag 5 Uhr öffentliche Sitzung im Kammerlocale.
Tagesordnung:

1) Registranden-Vortrag.
2) Ausschußberichte a. über eine Eingabe der hiesigen Schlosser-Innung, betreffend die Bestrafung mehrerer ihrer Mitglieder wegen angeblicher Nichtbeachtung der Vorschriften über jugendliche Arbeiter; b. über das Gesuch des Tapezirerbundes um Verleihung der aus §. 104 b der Gewerbeordnung folgenden Rechte; c. über die projectirte Errichtung einer Innung bauausführender Maurer- und Zimmergewerkmeister.

Leipzig, den 4. März 1887.

D. A. Oehler, Vorl. Herzog, Secr.

In einer hier gegen die Wäscherin **Wilhelmine** verw. **König** geb. **Albrecht** anhängigen Strafsache wird diejenige Mannsperson, welche aus Sonnabend, den 5. Februar dieses Jahres, Abends aus der Bauer'schen Brauerei am Thomaskirchhofe hier mit der König nach der Georgenstraße Nr. 50 hier gegangen ist, angeblich ein gewisser **Fischer**, aufgefordert, zur Vermeidung als Zeuge bei der unterzeichneten Behörde sich zu gestellen.

Leipzig, den 2. März 1887.

Königliche Staatsanwaltschaft.
R.: Groß, Ass.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Gemeinderathe sind **am 1. April 1887** zwei neugegründete, mit je 725 ℳ Gehalt, 80 ℳ Bekleidungsgeld und 150 ℳ Wohnungs-Entschädigung dotirte **Schutzmannsstellen** zu besetzen.

Geeignete Bewerber mit **nur vorzüglichen Zeugnissen** — gewesene Militairs, welche die Unteroffiziercharge erlangt haben, erhalten den Vorzug — haben Gesuche unter Beifügung von Lebenslauf und Zeugnissen bis

zum 15. März 1887

anher einzureichen.

Gohlis bei Leipzig, den 3. März 1887.

Der Gemeinderath.
Singer. Schadr.

Nichtamtlicher Theil.

Die Eröffnung des Reichstages.

Die äußere Form, in welcher der am 21. Februar gewählte Reichstag am 3. März zusammengetreten ist, war die geschäftsmäßige, nicht die feierliche, wie sie noch kurz vor der Eröffnung in Aussicht gestellt war; man sprach sogar davon, daß der Kaiser selbst den wichtigen Act vollziehen werde, wenn die Bedenken der Aerzte nicht den Ausschlag geben sollten. Die Gründe, welche es zweckmäßig erscheinen ließen, die Eröffnung des Reichstages in der geschehenen Weise vorzunehmen, entziehen sich der öffentlichen Kenntniß, aber die Vermuthung liegt nahe, daß die Rücksicht auf die auswärtige Lage dafür maßgebend gewesen ist. Spannungen, wie wir sie seit einem halben Jahre erlebt haben, machen Völker und Regierungen gegen jeden äußeren Eindruck sehr empfindlich; man legt an die Beurtheilung jeglichen Vorkommnisses nach Form und Inhalt einen weit strengeren Maßstab als gewöhnlich, und die Vorsicht in dieser Beziehung erreicht ihren Höhepunct, wenn der europäische Friede nach längerer Krankheit bei der Reconvalescenz angelangt ist. Ein Genesender bedarf größter Schonung, damit nicht ein Rückfall eintritt. Je geräuschloser sich die Eröffnung des deutschen Reichstages vollzog, desto weniger Veranlassung hatten die auswärtigen Mächte, darauf ihre besondere Aufmerksamkeit zu lenken und daran unbegründete Schlußfolgerungen zu knüpfen. Der Abschnitt der Thronrede, welcher der auswärtigen Politik gewidmet ist, bietet für die Richtigkeit unserer Auffassung mancherlei Anknüpfungspuncte.

Der wichtigste Satz der Thronrede ist offenbar der, daß die Beziehungen des deutschen Reiches zu den auswärtigen Mächten heute noch dieselben sind wie zur Zeit der Eröffnung der vorigen Reichstagssession. Die Thronrede vom 25 November nannte bekanntlich die Beziehungen des deutschen Reiches zu allen auswärtigen Staaten freundlich und befriedigend und sagte von der Politik des Kaisers, daß sie unausgesetzt dahin gerichtet sei, nicht nur dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens zu bewahren, sondern auch für die Erhaltung der Einigkeit aller Mächte den Einfluß im Rathe Europas zu verwerthen, welcher der deutschen Politik aus ihrer bewährten Friedensliebe, aus dem durch diese erlangten Vertrauen anderer Regierungen, aus dem Mangel eigener Interessen an schwebenden Fragen und insbesondere aus der engen Freundschaft erwachse, welche den Kaiser mit den beiden benachbarten Kaiserhöfen verbindet.

Zwischen dieser Erklärung und der entsprechenden vom 3. März ist ein bemerkenswerther Unterschied. In der letzteren heißt es: „Die auswärtige Politik des Kaisers ist fortwährend darauf gerichtet, den Frieden mit allen Mächten und besonders mit unseren Nachbarn zu erhalten und zu pflegen. Dieser friedliebenden Politik des Kaisers vermag der Reichstag die wirksamste Unterstützung zu gewähren, wenn er schnell, freudig und einmüthig den Vorlagen zustimmt, welche die sofortige und nachhaltige Stärkung unserer defensiven Wehrkraft zum Zweck haben. Wenn der Reichstag ohne Zaudern und ohne Spaltung den Willen der Nation zum einmüthigen Ausdruck bringt, gegen jeden Angriff auf unsere Grenzen heute und jeder Zeit die ganze Fülle unserer nationalen Kraft in voller Rüstung aufzubieten, so wird der Reichstag schon durch seine Beschlüsse allein und noch vor deren Ausführung die Bürgschaften des Friedens wesentlich verstärken und die Zweifel beseitigen, welche sich an die bisherigen parlamentarischen Verhandlungen über die Vorlagen behufs Stärkung unserer Wehrkraft geknüpft haben können."

Eine Aenderung der Sachlage ist also dennoch eingetreten, insofern der Schwerpunct der auswärtigen Politik Deutschlands heute in erster Linie darin liegt, den Frieden mit seinen Nachbarn zu erhalten und zu pflegen, während das Streben der deutschen Politik vor drei Monaten hauptsächlich die Erhaltung der Einigkeit unter allen Mächten zum Gegenstand hatte. Dadurch, daß dieses Ziel heute nicht mehr so fern liegt wie am 25. November, sind die Beziehungen Deutschlands zu den übrigen Mächten allerdings keine anderen geworden, aber die Lage ist dadurch eine wesentlich veränderte; die bulgarische Frage ist, wie Graf Kalnoky am Tage vor der Reichstagseröffnung im Ausschuß der österreichischen Delegation erklärte, in die zweite Linie gerückt und trägt nicht mehr den bedrohlichen Charakter, welcher ihnen in den letzten Delegationsverhandlungen im November v. J. zugeschrieben wurde. Auf wen die deutsche Thronrede zielt, wenn sie von den Nachbarn Deutschlands spricht, mit welchen wir den Frieden zu erhalten und zu pflegen bestrebt seien, kann keinem Zweifel unterliegen, es können nur die Franzosen gemeint sein, denn die Beziehungen zu Rußland sind schon deshalb heute weniger bedenklich, weil die bulgarische Frage nicht mehr den Angelpunct der auswärtigen Lage bildet. Die Blicke von ganz Europa sind seit sechs Wochen mit Besorgniß auf Frankreich gerichtet gewesen, weil die Vorbereitungen dieser Macht zum Kriege augenscheinlich waren und so bedrohlich, daß dadurch die bis dahin bremsende bulgarische Frage einen großen Theil ihrer Bedeutung eingebüßt hat.

Wie die auswärtige Lage sich im Laufe der Session des verflossenen Reichstages weiter entwickelt hat, dafür sind die Reden des Feldmarschalls Moltke und des Fürsten Bismarck vom Dezember und Januar vollwichtige Zeugnisse, und es gehört die ganze Dreistigkeit der Opposition dazu, um die Kriegsbesorgnisse aus der jüngsten Vergangenheit in das Gebiet der Phantasiegebilde und Hirngespinste zu verweisen. Noch heute wird der Sache des Friedens durch schnelle freudige und einmüthige Zustimmung zum Septennat, wie es in der Thronrede heißt, ein werthvoller Dienst erwiesen, und deshalb legt sie auch den Nachdruck auf die Kundgebungen des Papstes, weil sie der Hoffnung Raum giebt, daß auch das Centrum nicht hinter den reichstreuen Parteien in der Bewilligung der Mittel zur sofortigen und nachhaltigen Stärkung der Vertheidigungskraft des Reiches zurückstehen werde.

Wie die Opposition, bestehend aus Deutschfreisinnigen und Centrum, sich zum Septennat stellen wird, läßt sich heute noch nicht ermessen, aber daß beide Parteien nach wie vor an ihrem grundsätzlichen Widerstande gegen alle Maßnahmen der Regierung festhalten, das hat die erste Sitzung des Reichstages bewiesen, welche dem Eröffnungsact im Weißen Saale des Berliner Schlosses unmittelbar folgte. Die Wortführer der früheren Reichstagsmehrheit, Windthorst und Richter, erschienen sofort auf dem Plan, um Einspruch zu erheben gegen die Einberufung des Reichstages vor Feststellung des Ergebnisses der Stichwahlen. Sie wollten keinen Präcedenzfall schaffen, lautete die Begründung, aber eigentlich war es nur der alte Drang nach Opposition um jeden Preis, der sich in diesem Einspruch Luft machte. Minister von Bötticher legte unter Beifall die Gründe dar, welche den Kaiser zur beschleunigten Einberufung des Reichstages bestimmt haben; nur der Wunsch, das Gesetz über die Friedenspräsenz und den Etat vor dem 1. April fertig zu stellen, war dafür maßgebend, also gerade die Rücksicht auf peinliche Beachtung der gesetzlichen Vorschriften. Schon wiederholt war der Reichstag bei Eröffnungssitzungen nicht in beschlußfähiger Anzahl versammelt; am Donnerstag war das nicht der Fall, die Anwesenheit von 53 Mitgliedern über die absolute Mehrheit zeigte klar und deutlich, daß die Vorbedingungen für die Einberufung des Reichstages vollauf erfüllt waren, aber trotzdem konnten sich die Herren Windthorst und Richter das Vergnügen, Einspruch zu erheben, nicht versagen. Mit besonderer Genugthuung heben wir die durchaus würdige und correcte Haltung der gewohnheitsmäßigen Nörgelei Windthorst's und Richter's gegenüber hervor, welche Bennigsen befolgte, indem er zwar die Ungewöhnlichkeit des Verfahrens zugab, aber andererseits das Recht und die Pflicht der Regierung zu beschleunigtem Vorgehen anerkannte. Windthorst nannte das Opportunismus; Bennigsen erwiderte darauf jedoch schlagfertig, daß der Vorwurf, Zweckmäßigkeiten vor dem Recht den Vorzug zu geben, vielmehr Windthorst zur Last falle, welcher darauf verzichte, die praktischen Schlüsse seines Einspruchs zu ziehen. Windthorst wendete dagegen ein, daß die Ziehung der Schlußfolgerungen zwecklos sein würde, weil er nicht die Mehrheit für sich habe, also gestand er den Vorwurf der Opportunität als berechtigt zu. Für Windthorst und Richter ist Nörgelei Zweck, aber wenn damit kein äußerlicher Erfolg durch ein Mehrheitsvotum sich erzielen läßt, dann beschränken sie sich auf den Versuch. Dem ernsten und patriotischen Volksvertreter ziemt es aber, seiner Ueberzeugung auch dann Ausdruck zu geben und diese bis zuletzt aufrecht zu erhalten, wenn dadurch auch kein Erfolg erzielt wird. Beunruhigung erzeugen, Einspruch erheben ohne wirkliche Berechtigung, ist das Kennzeichen einer frivolen, nur auf demagogische Wirkung berechneten Politik. Dieser huldigen Windthorst und Richter, während Bennigsen die Gesammtwohlfahrt des Reiches am Herzen liegt.

Leipzig, 5. März 1887.

* Dem **Bundesrath** ist ein Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend die Bestellung von Amtscautionen, zugegangen. Danach werden die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen des Landes, des Reichs oder eines Bundesstaates zur Bestellung von Amtscautionen zugelassen, sofern dieselben mindestens drei und ein halb vom hundert verzinslich sind. Die Annahme der durch das Gesetz vom 30. Januar 1882 zur Cautionsbestellung zugelassenen dreiprocentigen elsaß-lothringischen Rente erfolgt zu einem Werthe, welcher dem Dreißigfachen des Rentenbetrages entspricht.

* Von den Herren **Freisinnigen, Ultramontanen** und **Socialdemokraten**, von der **bürgerlichen** und **socialen Demokratie** schreibt die freiconservative „Post" in einem Artikel, der allgemeine Beachtung verdient, Folgendes:

Ein Todtenschein wurde gleich nach dem 21. Februar der Gesellschaft der Herren Eugen Richter, Rickert und Virchow von den eigenen Bundesgenossen ausgestellt. Die Ultramontanen constatirten die völlige Zerschmetterung der Deutschfreisinnigen als eine Thatsache und der „Westfälische Merkur" wies der aufgelösten bürgerlichen Demokratie den Weg zur socialen Demokratie. Also ganz und gar sollen sich nunmehr die Meyer, Virchow und Consorten an den Busen Derjenigen flüchten, von deren Arm sie sich jetzt bereits tragen lassen, an die treue Brust des verkehrten Freundes des Herrn Mundel, August Bebel, und an das Herz der Herren Hasenclever und Kayser. In Görlitz hat dann gleich darauf einer der übergangsgeweihten Kampfgenossen des Herrn Eugen Richter mit kräftigem Fußtritt die Thüre eingestoßen, welche noch die Guten, sogenannten „guten" Revolutionaire von den offen und frei sich zur rothen Fahne bekennenden Kriegern trennte. Herr Lüderitz, leitender einer der Hauptvertheidiger der Fortschrittspartei, hat die Principien der Socialdemokratie ganz zu seinen eigenen gemacht. Voraussichtlich, daß dies Beispiel Nachahmung findet, wird es sich doch sehr fragen, ob die Socialdemokraten weiterhin einen derartigen Recrutenzuwachs gutheißen werden. Wird es doch einer ganz außergewöhnlichen scharfen Drillung bedürfen, um diesen Freiwilligen nur „etwas Tritt" beizubringen. Die Zeit verbrauchen und das Denken vergessen unter müßigen Schwärmereien für ein schlaraffisches Leben faire, lassen aller, um dann dem Beginnen ernster Leute, welche währenddem positiv gearbeitet haben an den ihnen von der Zeit gestellten Aufgaben, mit Phrasen und Schlagwörtern und dem gewohnten öden Mein! entgegenzutreten — damit konnte wohl seither ein Angehöriger des nunmehr gebrochenen Fortschrittsdranges, damit konnten ein Kloß, ein Knörcke und ihres Gleichen aufkommen, aber um bei jeder anderen Partei das durchschnittliche Niveau zu behaupten, bedarf es doch einer wesentlich darüber hinausgehenden Hirnanstrengung, auch bei der Socialdemokratie, soweit unterstehende deren wirthschaftlichen Programm und das zu seiner Feststellung nöthige Studium der Wirthschaftsgeschichte und des socialen und wirthschaftlichen Organismus in Betracht kommt. Man mag die Reihen der Fortschrittler auf und ab gehen, einen Mann, der das, was er politisch und wirthschaftlich vertritt, beurtheilt, wenn auch selbstverständlich immer nur von seinem eigenen Standpuncte aus, wissenschaftlich und dabei in ruhiger, formvollendeter Polemik darzulegen verstanden, wie dies Friedrich Engels in seiner Streitschrift gegen Dühring gethan, wird man vergeblich suchen, ganz zu geschweigen von Ferdinand Lassalle, der bei allen seinen Fehlern die rechte Hilfe von dem Staate, „dem uralten Heilsamen aller Civilisation", und insbesondere von einem „Königthume, das, gestützt auf das Kanal des Schwertes, noch aus seinem unverwüstlichen Teige gebettet dasteht", erwartete und der seine Genossen vor den Liebeswerbungen des Fortschrittsthums mit den Worten warnte: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind alte Weiber. Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert!" Die Socialdemokraten von heute huldigen allerdings zum Theil einer sogenannten „radicaleren" Richtung, seitdem die „Epaulettes", wie sie Schäffle nennt, den Vordergrund einnehmen. Aber bereits giebt es schon innerhalb der Führerkreise der Socialdemokratie Leute, die warnend auf das natürliche Ende einer solchen Rakete ins Leere hinweisen, auf das Landen im Irrenhause. Noch versucht man, sich der unbequemen Propheten durch Acht und Bann zu entledigen, aber wie das Beispiel beweist, verfehlt bereits der Bannstrahl seine Wirkung. Der Rückgang der socialdemokratischen Stimmen, ja die gänzliche Beseitigung der Socialdemokraten in Bezirken, innerhalb welcher die Arbeiterbevölkerung überwiegt, darf gewiß als ein experimentischer Beweis von der Macht der Parole, unter welcher diesmal die nationalen Parteien in den Kampf zogen, geschätzt und gewürdigt werden, aber sichtlich ist bei den ernsten Männern der Arbeit, welche es ablehnten, Diejenigen wieder mit ihrer Vertretung zu betrauen, denen sie seither ihre Stimme gegeben, auch die Erwägung ins Gewicht gefallen, daß die Initiative für die Durchführung einer auf die Errichtung von Schutzwehren für die wirthschaftlich Schwachen abzielenden Socialreform eben von der Stelle ausgegangen, welcher die „Arbeiterpartei" unter Anlehnung an die Partei der Richter und Windthorst fort und fort Schwierigkeiten zu bereiten für ihre Aufgabe hielt. Es bleibt abzuwarten, ob die Führer der Socialdemokratie der sehr lauten Stimme, welche aus den Wahlresultaten, z. B. in Sachsen, zu ihnen sprach, Gehör schenken, oder ob die Epaulettes der Partei thatsächlich ihr Heil im Bunde mit den Epaulettes der „bürgerlichen Demokratie" suchen und damit dem unausbleiblichen Geschick der Kameradschaft des Blinden mit dem Lahmen, nämlich in dieselbe Grube zu fallen, zusterben wollen. Wir eine andere, eine auf Sammlung der auch in den Reihen der Socialdemokratie vorhandenen frischen, rüstigen Kräfte zum gemeinsamen friedlichen Schaffen für das Allgemeinwohl bestrebte Richtung aufstellt, der setzt seine Hoffnung auf den gesunden Menschenverstand, auf den ja auch bei dem jetzigen Wahlkampf nicht umsonst gebaut worden ist. Greifbare Anhaltspuncte liefern Vorgänge in Königsberg und Magdeburg für die Erwartung, daß der im Namen des deutschen Freisinns sich zum Sprunge in den Abgrund rüstenden Gesellschaft des Herrn Eugen Richter der verständige Theil des deutschen Freisinns sich nicht anschließen wird, daß, während alles, was aus einmal der Lebenskraft entbehrt, dem Tode seines Turkut zahlt, die gesunden Keime zu neuer Blüthe, zu neuem Fruchtreif geweckt werden. Jedenfalls wird das deutsche Volk nicht zu den Leichtgläubigen gehören, „wenn die Todten ihre Todten begraben."

* Zu dem **evangelischen Kirchengesetze** hat die Commission der Kammer der **württembergischen Standesherren** eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche von denjenigen der **Zweiten Kammer** in einigen wesentlichen Puncten abweichen, so daß voraussichtlich noch längere Berathungen nöthig sein werden, bis diese nun schon zum zweiten Male den Ständen vorliegenden Gesetze unter Dach und Fach gebracht sind. Einer der Hauptdifferenzpuncte bezieht sich auf den Eintritt des Ortsvorstehers in den Kirchengemeinderath, der nach der Ansicht der Commission der Ersten Kammer von denselben Bedingungen abhängig sein soll, wie das Wahlrecht in den Kirchengemeinderath überhaupt, während die Zweite Kammer für Zulassung des Ortsvorstehers ex officio war, vorausgesetzt, daß derselbe der evangelischen Landeskirche angehört. Weiter will die Erste Kammer, daß der Kirchenpatron, wofern derselbe der evangelischen Landeskirche angehört, den Sitzungen des Kirchengemeinderaths mit berathender Stimme anwohnen kann — ein Recht, das die Zweite Kammer nicht vorgesehen hatte.

* * *

* In Kronstadt wurde kürzlich der Proceß wegen Mißhandlung des lutherischen Pastors Streng verhandelt. Das „St. Petersburger Evangelische Sonntagsblatt" äußert sich über den Verlauf und das Resultat dieses Processes folgendermaßen: